

Und sie bewegt sich doch : Chronologie der Ereignisse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1988)**

Heft 6: **Zukunft der Gewerkschaften?**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sommer 1988:

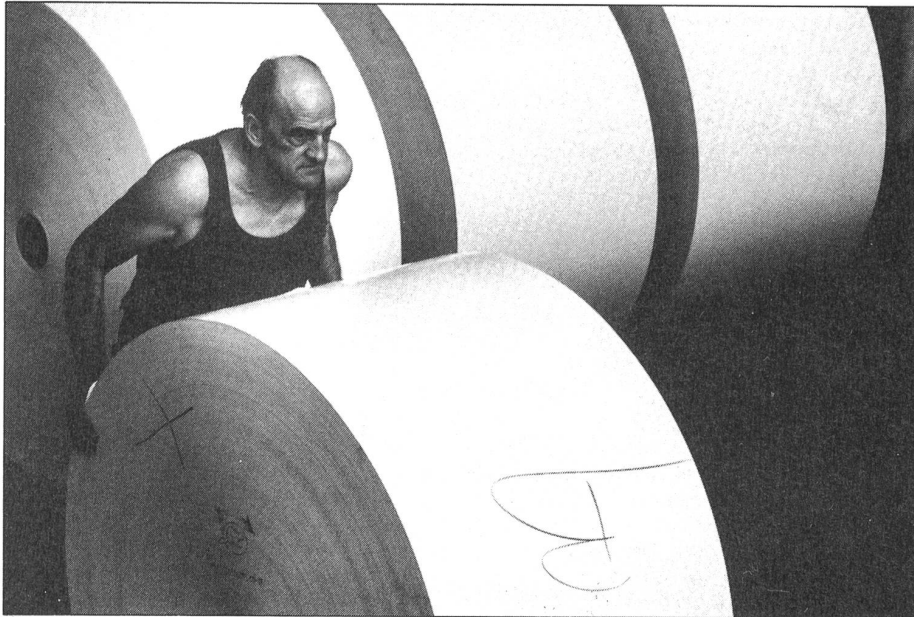
Aktionen der Union Helvetia

Vertragsloser Zustand und neue Aktionsformen der Angestellten-Organisation «Union Helvetia» bringen die Hotellerie in die

UND

Diese Reaktion machte sich bezahlt: Rossignol gab aus Angst vor Image- und Verkaufs-Verlusten in der Schweiz nach und war zum Verkauf der Fabrik bereit. Der neue Käufer scheint bereit

Ausdehnung des Abendverkaufs und erreichte, dass die Initiative im Verhältnis 2:1 abgelehnt wurde. «Ein Sieg des Mittelalters» jammerte eine der bürgerlichen Verlierer-Parteien . . .



Schlagzeilen: Im Juni hatte die Saison-Hotellerie die Ratifikation des neu ausgehandelten GAV-Kompromisses sabotiert. Hauptsächlicher Stein des Anstosses waren die vorgesehenen 2000 Franken Minimallohn für ungelerntes Personal (bisher 1800 Franken). Mit Piquets und Flugblatt-Aktionen unter anderem vor St. Moritzer Nobelhotels schaffte die Union Helvetia eine grosse Öffentlichkeit. BenützerInnen wurden zum Boykott der Hotels aufgerufen und Verbandsmitglieder zum Bewerbungs-Stop. Die Aktionen haben sich gelohnt: Die Union hat sich Respekt verschafft, und der im September ratifizierte GAV sieht nun ab November 1988 einen Minimallohn von Fr. 1920.-, ab 1990 von Fr. 2000.- vor.

**10. September 1988:
Personal-Protest
bei PTT-Feierlichkeiten:**

Am 10. September wurde die PTT als Ehrengast am diesjährigen Comptoir Suisse gefeiert. Die PTT-Union Lausanne benützte die Gelegenheit für eine Protestaktion unter dem Motto «Die PTT feiert, das Personal trauert». Gegen 200 PöstlerInnen demonstrierten mit Transparenten, als die PTT-Offiziellen aufmarschierten. Grund der Ak-

SIE

bewegt sich doch

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

tion: Die katastrophale Personal-Situation bei der PTT, welche wesentlich durch die unregelmässigen Arbeitszeiten und zurückgebliebene Löhne verursacht wird. Die Lausanner forderten auch für ihre Region die zusätzlichen 2000 Franken Ortszulage.

**September 1988:
Entlassungen bei Authier
abgewehrt**

Als Ende August bekannt wurde, dass die Rossignol-Gruppe die Ski-Fabrik in Bière/VD schliessen und die Produktion nach Frankreich verlagern wollte, reagierten die ArbeiterInnen und der GBH prompt: Sie wehrten sich grundsätzlich gegen die Entlassungen, bildeten ein Kampfkomitee, sammelten Unterschriften in der Region und setzten die Behörden in Trab.

zu sein, mit dem GBH zusammensetzen und den bisherigen GAV zu verbessern.

**September 1988:
Boycott gegen SJU aufgehoben**

Jahrelang haben sich die Zeitungsverleger beharrlich geweigert, die Journalisten-Union SJU/VPOD als GAV-Partnerin anzuerkennen. Erst als die im «Tages-Anzeiger» in Zürich stark vertretene SJU vermehrten Druck aufsetzte, mit Protestaktionen drohte, und als das kantonale Einigungsamt der «Tages-Anzeiger»-Leitung die Anerkennung der SJU empfahl, brach die Ablehnungsfront der Verleger zusammen. Nun hat sich der Zeitungsverleger-Verband SZV bereit erklärt, auf Diskussionen mit der SJU einzutreten.

**25. September 1988
Kein weiterer Abendverkauf
in Genf**

Im Kanton Genf kam eine Volksinitiative für die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten zur Volksabstimmung. Lanciert wurde das Projekt aus Kreisen von Jung-Unternehmern. Alle bürgerlichen Parteien unterstützten die Initiative. Eine breite Koalition aus linken und gewerkschaftlichen Kreisen mobilisierte jedoch massiv gegen die

**24. September 1988:
Aktionstag der Zürcher
PöstlerInnen**

Mit einer 4000er-Demo hatten die Zürcher PöstlerInnen im Juli vom Bundesrat eine Zulage von Fr. 2000.- gefordert. Nach den Sommerferien gab der Bundesrat halb nach und beschloss die 2000 Franken, allerdings erst auf den 1.1.1989 und nicht als versicherten Lohnbestandteil; Putzpersonal und Lehrlinge wurden zudem ausgeschlossen. Nicht zufrieden mit dem nur halben Erfolg mobilisierten die Sektionen Post und Bahnpost weiter: Am 24. September erprobten sie eine neue Aktionsform: Während 24 Stunden galt «Qualität vor Quantität»; die Postgüter wie auch die eigene Gesundheit wurde mit der nötigen Sorgfalt behandelt. Ein beträchtlicher Rückstau war das Ergebnis in der von Personalmangel, ja Personalfucht geplagten Post-Verteilerzentrale Zürich-Mülligen.

**Mitte Oktober:
Abschluss des Druck-GAVs**

Nachdem im Juni die Gewerkschaften gesamtschweizerisch mit einem mehrstündigen Protest-Streik mobil gemacht hatten, begannen die Unternehmer nach einer Kompromisslösung zu suchen. Eine solche boten die Gewerkschaftsdelegationen bereits im Juli an. Unter den Mitgliedern der Gewerkschaften, insbesondere der GDP, entspann sich darauf eine heftige Diskussion, ob der Kompromiss in der Urabstimmung angenommen werden solle oder ob mit weiteren Mobilisierungen die stossendsten Punkte eliminiert werden könnten: 6jährige Laufzeit; Ausklammerung der Spedition aus dem GAV-Bereich; Angleichung der Frauen-Löhne nur in kleinen Schritten; nur stufenweise Gewährung der 5. Ferien-Woche. Vier GDP-Sektionen sowie die nationale Frauenkommission der GDP machten aktiv Kampagne für die Ablehnung des frühzeitigen Kompromisses. In der Abstimmung sprachen sich schliesslich für den Vertrag aus: 73,8% in der GDP (37,6% in

Zürich, 27,3% in Genf); 92% im Lithographenbund; 72% in der christlichen SGG.

Positiv ist nun aber sicher, dass neu ein einheitlicher Vertrag besteht.

**Mitte Oktober:
Erfolg der Berner Spitalbewegung**

Die Berner Spitalbewegung hat einen ersten Erfolg errungen: Die Regierung ist nach all den Mobilisierungen bereit, die geforderte 25%ige zusätzliche Zeitgutschrift für Nacharbeit im Gesundheitsbereich zu gewähren. Die Realisierung macht im ganzen Kanton 520 neue Stellen nötig und kostet rund 25 Millionen pro Jahr! Noch sind aber nicht alle politischen Hürden dazu genommen. Zur Unterstreichung ihrer Forderungen war die Spitalbewegung in der zweiten Oktober-Woche in einer Aktionswoche mit einem Agit-Prop-Bus im ganzen Kanton Bern unterwegs mit Zwischenstation bei 14 Spitälern.

**22. Oktober 1988:
DISKUSSION über die Zukunft der Gewerkschaften**

Über 80 GewerkschafterInnen trafen sich in Bern zur DISKUSSIONS-Tagung über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz (vgl. vorne).

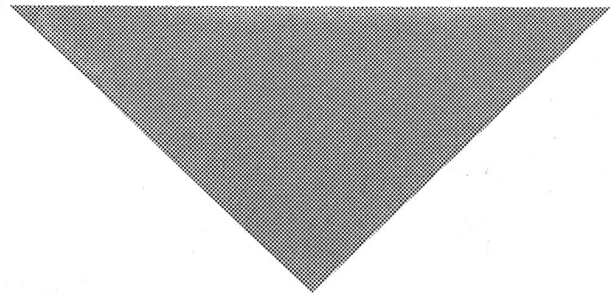
**2. November:
Protest-Versammlung der Zürcher LehrerInnen**

1500 Zürcher LehrerInnen trafen sich zu einer ausserordentlichen «Protest-Synode» in Bülach. Der VPOD hatte in Zusammenarbeit mit dem Lehrerverein die Durchführung einer ausserordentlichen Versammlung des offiziellen Mitsprache-Organs «Synode» durchgesetzt. Thema der Versammlung war die Berufsbelastung der LehrerInnen, denen die Regierung vor kurzem eine Arbeitszeitverkürzung analog dem übrigen kantonalen Personal verweigert hatte.

**3. November:
Nacht-Demo der Zürcher Spitalbewegung**

Auf die Forderungen der Zürcher Spitalbewegung antwortete die Regierung nach dem Sommer mit einem Teilzugeständnis: Neu soll eine Zeitgutschrift von 20 Prozent für durchgehende Nacharbeit des Pflegepersonals gewährt werden. Aber: Die neue Vergütung soll nur für Personal mit mindestens 80prozentiger Anstellung gelten. Während der ständische Krankenschwestern-Verband SBK das Zugeständnis als Sieg feierte, mobilisierten die «Aktion gsundi Gsundheitspolitik» und der VPOD weiter: Über 350 Spitalangestellte demonstrierten am 3. November mit einem Fackelzug in Zürich.

Fortsetzung von Seite 2



dieser Absage, bereits am 25. Mai eine Erklärung. Er fand eine solche bis heute nicht für nötig.

Wie sagt doch die von Christine Goll interviewte Frau im Artikel zum Sexismus: «Ich erwarte keine Unterstützung von Gewerkschaftern, die den Sexismus in den eigenen Reihen praktizieren.»

Ganz recht.

Adrienne Marti

**STELLUNGNAHME
DES ANGESPROCHENEN:**

Sehr geehrte Adrienne Marti,

Entgegen Ihrer Annahme ist es weder üblich noch angebracht, abschlägige Antworten auf Bewerbungsschreiben mit Dritten zu diskutieren. Jede Bewerbung wird bei uns vertraulich behandelt und deshalb ausschliesslich mit der betroffenen Person diskutiert.

Zu Ihrem Vorwurf, die GBH sei hinsichtlich des sexistischen SUVA-Kalenders inaktiv geblieben, möchte ich hingegen Stellung nehmen: Im Gegensatz zur Annahme Ihrer Gruppe ist die GBH tatkräftig und frühzei-

tig gegen diese Art von Sexismus vorgegangen. Schon vor Erscheinen des inkriminierten Kalenders ist unsere Gewerkschaft bei der SUVA vorstellig geworden mit dem Ziel, die Verbreitung desselben zu verhindern, leider erfolglos. In einem zweiten Anlauf war unserer Intervention immerhin Erfolg beschieden. Zum einen setzte die GBH den Kalender auf die Traktandenliste des SUVA-Verwaltungsrates. Zum anderen unternahm Nationalrätin A. Fankhauser auf unsere Anregung hin einen Vorstoss im Nationalrat. Aufgrund dieser Interventionen konnte eine Zweitauflage des Kalenders immerhin verhindert werden.

Daraus, dass die Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit in Sachen Frauen immer noch bei der längst überfälligen Durchsetzung der Lohngleichheit und einer dringend notwendigen Verbesserung des Mutterschutzes liegen, kann natürlich mitnichten geschlossen werden, Sexismus am Arbeitsplatz sei uns gleichgültig. In diesem Sinne hat die GBH den von Ihnen angesprochenen unglücklichen Absagebrief auch öffentlich gerügt.

Franz Cahannes

BESTELLTALON

Ich bestelle:

- Abonnement à Nummern ab Nr.
zu Fr. 18.–
- Unterstützungsabo, 4 Nummern ab Nr.,
Fr. 30.– oder mehr
- Einzelnummer(n) von Nr. à Fr. 5.–
- Werbeprospekte (gratis)
-

Name

Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Datum

Unterschrift

DISKUSSION

MAGAZIN FÜR AKTUELLE GEWERKSCHAFTSPOLITIK NR. 6

Der Gewerkschaftsbewegung bläst ein scharfer Wind entgegen: Weltweite Krisenerscheinungen, Offensive der Unternehmer auch in der Schweiz, fortgesetzte Diskriminierungen der Frauen, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, u.a.m... Darauf ist die Gewerkschaftsbewegung schlecht vorbereitet. Die InitiantInnen des Magazins DISKUSSION sind von der Notwendigkeit überzeugt, dass trotz starkem Gegenwind gemeinsam Solidarität und Widerstand entwickelt werden muss und kann.

DISKUSSION

MAGAZIN FÜR AKTUELLE GEWERKSCHAFTSPOLITIK NR. 6

ZUKUNFT DER GEWERKSCHAFTEN?



DISKUSSION
MAGAZIN FÜR AKTUELLE GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Postfach 290
8026 Zürich